

Antrag Nr. 20-F-05-0069

FDP

Betreff:

Coronaausbruch im Antoniusheim
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.11.2020 -

Antragstext:

Wie der Presseberichterstattung zu entnehmen war, wurden im Wiesbadener Antoniusheim Altenzentrum 40 Bewohner/innen und 17 Mitarbeitende positiv auf das Coronavirus getestet. Bereits nach Auftreten erster Hinweise hat das Antoniusheim vorbildlich Vorsorgemaßnahmen ergriffen und einige Bereiche bereits vorsorglich unter Quarantäne gesetzt und erhöhte Schutzvorkehrungen getroffen. Nach unserer Kenntnis stellte sich jedoch danach der weitere durch das Gesundheitsamt begleitete Prozess als nicht optimal dar. Demnach soll es von den ersten Verdachtsmomenten (Freitag 30.10. auf Samstag 31.10.) bis zur durchgeführten Testung im Haus 4 Tage (Dienstag 3.11.) und bis zum Vorliegen der Ergebnisse dann weitere 3-5 Tage gedauert haben. Hingewiesen werden soll dabei auf geringe Test- und Laborkapazitäten. Gerade in einer Situation, in der die Perspektive einer Normalisierung für die Bevölkerung erheblich von dem vorrangigen Schutz für Risikogruppen abhängt, wäre ein solcher Zeitlauf (bis zu 8 Tage vom Verdachtsfall bis zum Ergebnis) im Hinblick auf z.B. die „Allgemeinen Informationen“ der ASB Hessen Service GmbH, die für Tests in städtischen Einrichtung zuständig ist und eine Testauswertung innerhalb von 24-48h angibt, unverhältnismäßig.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. wann wurden dem Gesundheitsamt die Verdachtsfälle bekannt?
2. Wurden (und wenn ja warum) Tests erst am Dienstag, den 03.11. durchgeführt?
3. Wann lagen die endgültigen Ergebnisse vor?
4. Waren positiv getestete Mitarbeitende bis zum Vorliegen eines positiven Testergebnisses in der direkten Versorgung nicht positiv getesteter Bewohner/innen im Einsatz?
5. Wie sieht die Erreichbarkeit/Verfügbarkeit und Prozessveranlassung des Gesundheitsamtes an Wochenenden und Feiertagen aus?
6. Wie priorisiert der Wiesbadener ÖGD das Vorgehen in Einrichtungen der vulnerablen Personengruppen, so dass notwendige Prozesse dort vorrangig bearbeitet werden?

Wiesbaden, 18.11.2020

Sebastian Rutten
Sozialpolitischer Fachsprecher

Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführerin